

# Tarif sind WIR!

## Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst eröffnet. Kolleginnen und Kollegen der Diakonie beteiligen sich.

Unsere Gewerkschaft ver.di hat die Tarifforderung für die Menschen, die im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen arbeiten beschlossen. Im Jahr 2012 soll es eine reine Lohnrunde geben. Die Lohnverluste der letzten fünf Jahre sollen endlich ausgeglichen werden. Ver.di fordert daher eine Gehaltserhöhung für alle Beschäftigten von 6,5% mindestens aber 200 Euro.

Einrichtungen in die Tarifaussetzung einbezogen. Nichts ist mehr wie früher, als wir noch darum betteln mussten, mit 6 Monaten Verspätung auch ein bisschen mehr Gehalt zu bekommen. Dieses Mal gilt der Tarifabschluss sofort und unmittelbar auch für uns. Das haben wir uns gemeinsam erkämpft, aber das war erst der Anfang. Nun gilt es zu zeigen, wir sind keine undankbaren Trittbret-



Die Reaktion der Arbeitgeber kam prompt: Nicht bezahlbar, nicht akzeptabel. Damit ist schon vor der ersten Verhandlungsrunde klar: Auch diese Gehaltserhöhung wird uns nicht geschenkt. Zum ersten Mal sind auch die Beschäftigten in diakonischen

fahrer, wir sind bereit für unseren Lohn zu kämpfen. Tarifautomatik bedeutet nicht, dass es automatisch mehr Geld gibt, sondern nur, dass der Abschluss im öffentlichen Dienst automatisch auch für uns gilt. Wenn wir endlich mal wieder

Liebe

Kolleginnen und Kollegen,

Monate der Verhandlungen liegen hinter uns, wir haben Verhandlungspakete geschnürt, wir sind mehr als einmal über unsere Schatten gesprungen. Um unserem Ziel, den TVöD 1:1 auch in der Diakonie anzuwenden, näher zu kommen, haben wir über Dinge verhandelt, die sehr umstritten waren. Am umstrittensten war sicher die Verhandlung über eine alternative Verwendung des Leistungslohn.

Den Arbeitgebern aber reichten unsere Zugeständnisse nicht. Sie wollten mehr, sie wollten die verhandelte Tarifautomatik durchbrechen. Der Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst ist ein Tarifvertrag, in dem die Vergütung geregelt wird, die Lohntabellen stehen hier im Mittelpunkt, die Behauptung der Arbeitgeber, der SuE sei eine Regelung der Eingruppierungsordnung und würde deshalb nicht unter die Tarifautomatik fallen, ist eine Ausrede. Das einzig Gute daran ist, dass ihnen der offene Wortbruch offensichtlich so peinlich ist, dass ihnen dafür keine Ausrede zu billig ist.

Uli Maier  
Vorsitzender der AGMAV



Uli Maier

Vorsitzender der AGMAV

spürbar mehr Geld haben wollen, dann dürfen wir nicht am Rande stehen und zuschauen, dann müssen wir uns einmischen.

Das Zauberwort heißt: Partizipationsstreik“! Die Gerichte haben entschieden: Wer teil hat an den Ergebnissen, der darf auch mitkämpfen. Betriebe, die nicht zur Tarifgemeinschaft gehören, aber auf Grund verpflichtender Regelungen unmittelbar vom Tarifabschluss betroffen sind, können in die Arbeitskämpfe einbezogen werden. Die für uns geltende AVR Württemberg ist eine solche verpflichtende Regelung. Unsere Gewerkschaft wird deshalb auch ver.di-Mitglieder in diakonischen Einrichtungen zur Beteiligung an Warnstreiks aufrufen. Das ist erlaubt!

Wenn ver.di zum Warnstreik ruft, dann nicht deshalb, weil ver.di den Betrieben schaden will, sondern weil die Arbeitgeber nicht bereit sind, uns mehr zu bezahlen. Wer der Meinung ist, dass er nicht mehr Gehalt verdient, der darf auf seinem Stuhl sitzen bleiben. Für alle anderen heißt es aufstehen, rausgehen und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Kommunen, der Kliniken, der Bauhöfe, der Kindertagesstätten, der hauswirtschaftlichen Dienste um mehr Lohn kämpfen.

Aber wir arbeiten doch gar nicht im öffentlichen Dienst und wir bekommen doch das Ergebnis sowieso. Wir haben doch die Tarifautomatik in der Diakonie. Diese Vorhaltungen werden wir in den Tagen bis zu einem erfolgreichen Abschluss der Tarifverhandlungen oft hören müssen.

Ja, wir haben die Tarifautomatik, wir sind Teil des Vergütungssystems des öffentlichen Dienstes. Das heißt aber nicht, dass die diakonischen Arbeitgeber dies jetzt endlich akzeptieren. Seit wir die automatische Übernahme der Vergütungen beschlossen haben, wird versucht, die Anwendung zu verhindern. Aktuell ließen die Arbeitgeber

die Verhandlungen über den Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) platzen. Sie sind nicht bereit, die neuen Tabellenlöhne für alle betroffenen Berufe zu akzeptieren. Zwar sollen die Erzieherinnen die etwas besseren Gehälter nach SuE bekommen, Heilerziehungspflegerinnen (HEP) aber soll der neue Tabellenlohn nicht zustehen. Da HEP's nicht direkt benannt sind, schließen die Arbeitgeber daraus, dass dieser Berufsgruppe auch nichts zusteht.

Monatelang haben wir um einen Kompromiss gerungen, wir waren schon nahe dran, uns zu einigen. Dann kam eine erneute Forderung der Arbeitgeber: Leistungslohn, Absenkung für die Beschäftigten der Arbeitslosenhilfen, Vergütungen für Praktikantinnen - alles sollte als Ausgleich erhalten. Aber als dann auch noch der Vor-

schlag kam, dass aus wirtschaftlichen Gründen die Bezahlung der HEP's ein Jahr später erhöht werden sollte, da waren für uns die Verhandlungen beendet. Die Vergütungen der diakonischen Mitarbeitenden werden automatisch dem TVöD angepasst, wir haben nicht vereinbart, dass die Arbeitgeber bestimmen, ob eine Vergütungserhöhung tatsächlich eine Vergütungserhöhung ist. Wenn Kolleginnen und Kollegen der Diakonie sich an den Aktionen, den Warnstreiks und wenn notwendig auch am Flächenstreik beteiligen, bedeutet dies auch: Wir lassen uns nicht spalten, die Arbeit der Diakonie ist öffentliche Fürsorge und muss bezahlt werden wie in öffentlichen Dienst. Deshalb heißt es jetzt Zeichen setzen, einmischen, mitmachen, mitstreiken: 6,5% mindestens 200 Euro!

Gerade auch in der Diakonie!

### **6,5 % mindestens 200,-€ oder: Wie entsteht die Tarifforderung?**

**Ver.di fordert, Bsirske will, die Gewerkschaft lehnt ab oder stimmt zu - so wird über Tarifverhandlungen berichtet. Als wäre alles von den Funktionären in Berlin bestimmt. Wie ist es denn wirklich, wie entsteht eine Tarifforderung?**

Die Laufzeit der Entgelttarife endet im Februar, die Bundestarifkommission hat deshalb beschlossen, sie zum 29. Februar 2012 zu kündigen und die Forderungsdiskussion zu eröffnen. In den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen wurden Mitgliederversammlungen durchgeführt und Mitarbeitende befragt. Die Mitglieder haben sich entschieden: Eine reine Gehaltsrunde, mit deutlichen Lohnerhöhungen und sozialer Komponente. Die Forderungen der Mitarbeitenden wurden durch die Vertrauensleute in die Bezirkskonferenz eingebracht und in der Landestarifkonferenz abgestimmt. Die Mitglieder des ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg forderten 9 % aber mindestens 250,- €.

Dann tagte die Bundestarifkommission. Diese setzt sich aus 120 Delegierten aus allen Bundesländern zusammen. Die Ergebnisse aus allen Landesbezirken wurden dort zusammengetragen und diskutiert. So entstand die Forderung für die Tarifrunde 2012.

Die Tarifforderung ist aber nur ein Teil der Mitgliederbeteiligung, Tarifierhöhungen müssen nicht nur gefordert sondern auch durchgesetzt werden. In den ver.di Bezirken wird jetzt diskutiert, wie die Forderungen erreicht werden können. Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks werden abgestimmt und geplant. Von Anfang an waren auch Vertrauensleute aus diakonischen Einrichtungen in Württemberg an den Treffen der Streikleitungen beteiligt. Ab März wird verhandelt, wenn keine Einigung erzielt wird, würde im April die Schlichtung folgen und wenn auch danach noch kein Ergebnis vorliegt, dann müsste im Rahmen einer Urabstimmung über einen Erzwingungsstreik entschieden werden.

**ver.di**

# TARIFBEWEGUNG

**extra 02/12**

**Tarifkommission stellt Weichen für gerechte Einkommensverbesserungen:**

## 6,5 Prozent, mindestens 200 Euro

Ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ist gerade in unsicheren Zeiten unverzichtbar – für jede/n Einzelne/n und für die Gesellschaft als Ganzes. Aber jeder Öffentliche Dienst ist nur so gut wie seine Beschäftigten. Damit das so bleibt, muss ihre Leistung anerkannt werden – auch durch eine gerechte Bezahlung. Auf dieser Grundlage hat die Bundestarifkommission am 9. Februar 2012 die Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde für Bund und Kommunen beschlossen.



Wir sind es wert! Die Kampagne für die Tarifrunde 2012.

**Wir sind es wert:**

**Gerechte Einkommensverbesserung**

- **6,5 Prozent**, mindestens aber **200 Euro**, weil auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Anspruch auf eine anständige Bezahlung haben und Nachholbedarf besteht.
- 7,9 Prozent für die Beschäftigten im Versorgungsbereich.
- 100 Euro mehr für Auszubildende.
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes.

**Wir sind es wert:**

**Zukunftschancen für Auszubildende**

- Unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden.
- Die Fahrtkosten zur auswärtigen Berufsschule muss der Arbeitgeber tragen.

**Wir sind es wert:**

**Zulage für Anforderungen und Belastungen an Flughäfen**

- Für Anforderungen und Belastungen durch Safety und Security 90 Euro monatlich.

**Wir sind es wert:**

**Einheitlicher Tarifvertrag an Theater und Bühnen**

- Einbeziehung der technischen Beschäftigten mit künstlerischen Tätigkeiten in den Geltungsbereich des TV&D.

**Wir sind es wert:**

**Sparkassenspezifische Strukturprobleme lösen**

Wir fordern eine Zusage für sparkassenspezifische Verhandlungen nach der Tarifrunde. Durch eine Sparkassenzulage sollen die Nachteile in der Bezahlung zum privaten Bankgewerbe ausgeglichen und Nachwuchsmangel verhindert werden.

**Es ist wieder soweit, ...**

... die einen sagen „endlich“, die anderen „schon wieder“ und für einige kommt die Tarifrunde „gerade richtig“. So ist das eben in unserer Gewerkschaft, die stolz auf ihre Vielfalt und Meinungsfreilichkeit ist, die sich vor allem in Tarifrunden zeigt: Die einen wollen es am besten zweitellig, die anderen streben eine Reallohnerhöhung an und wieder andere wollen sich angesichts leerer Kassen lieber zurückhalten. Aber viel wichtiger ist, dass sich alle einig sind in dem, was sie tun: nämlich einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Gesellschaft leisten. Ja, wir können uns nicht am Produktivitätszuwachs messen – aber daran, was ein funktionierender öffentlicher Dienst für die Gesellschaft bedeutet: Egal ob Winterdienst – gerade aktuell –, Pflege in Krankenhäusern und Altenheimen, ob Feuerwehr, Nahverkehr oder Flughafen oder einfach nur beim Beantragen eines Reisepasses. Auch Kindergärten, Bibliotheken und öffentliche, bezahlbare Schwimmbäder will niemand missen. Machen wir also klar, dass hinter all dem motivierte Beschäftigte stehen, die ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten und die es verdient haben, mit einer anständigen Entgeltserhöhung den Anschluss an die Privatwirtschaft zu halten.

**Wir wollen eine Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten.**

## Der März wird heiß

**Der Verhandlungsauftritt ist am 1. März 2012. Zwei weitere Verhandlungsrunden sind für den 12./13. und 28./29. März 2012 vereinbart.**



**WIR SIND ES WERT.**

**Online-Beltritt: [www.mitgliedwerden.verdi.de](http://www.mitgliedwerden.verdi.de)**

# Berufsgruppen, die diese Welt nicht braucht!

**Volker Pispers zur „Lage der Nation“ und dem Wert der sozialen Arbeit – Auszug aus seinem Programm „Bis neulich – 2010“**

„Es gibt Schmarotzer in diesem Land, Parasiten, die wir mit durchfüttern, die nur anderer Leute Geld verbraten.

Ich sage ihnen, wer das in meinen Augen ist: Investmentbanker, die anderer Leute Geld Gassi führen. Die Fusionsbanker im speziellen.“

Seine Meinung wie die Agentur Roland Berger wohl die Bundesanstalt für Arbeit beraten haben muss:

„Sie wissen ja, die Bundesanstalt für Arbeit wusste nicht mehr weiter.“

„Wir brauchen externen Sachverstand, Herr Berger können sie uns beraten:

Warum sind so viele arbeitslos? Wir finden keine Lösung.“ „Ja, wir können sie beraten, kostet 60 Millionen Euro.“

„Ja das Geld haben wir, das ist kein Problem, machen sie mal.“

Jetzt stelle ich mir das Abschlussgespräch so vor: „Herr Berger, haben sie herausgefunden, woran es liegt?“ „Ja wir haben herausgefunden, woran es liegt.“

„Herr Berger sagen sie uns endlich, warum sind so viele Menschen arbeitslos?“ „Es haben so wenig eine Stelle.“ „Sie meinen, wir sollen einfach mehr vermitteln?“ „Ja das wäre unser Vorschlag.“

Pispers fragt sich und uns weiter:

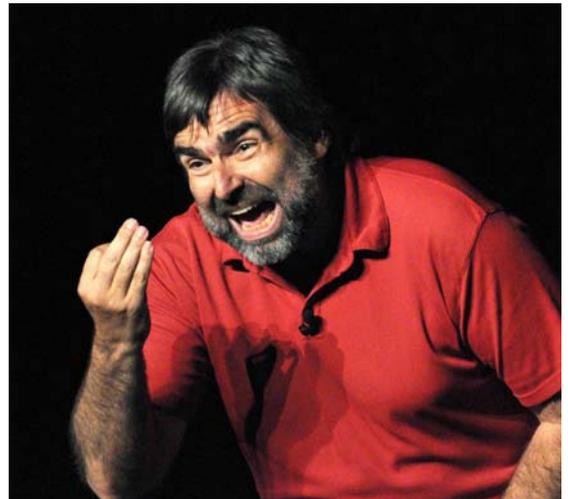
„Werden Unternehmensberater nach Leistung bezahlt?

Würden die nach Leistung bezahlt, da wären wir einen Großteil der Berater schon wieder los, die wären nämlich verhungert. Es gäbe einen schönen Roland Berger Friedhof mit 'ner McKinsey-Ecke.

Und dann meine Lieblings-schmarotzer: Die Aktien-Analysten.

Das sind die Mitesser der Gesellschaft. Dieses Parasiten-volk hat in den letzten 6 Jahren 600 Milliarden Euro an der Börse verbraten. Natürlich nicht ihr eigenes Geld, das Geld anderer Leute, denn die Kurse der Unternehmen haben nichts mehr damit zu tun, was die Unternehmen wirklich verdienen. Die Aktienkurse hängen nur noch von den Erwartungen der Analysten ab, ob die Erwartungen der Analysten übertroffen werden oder nicht.

Und wenn sie es noch nicht begriffen haben, machen sie folgendes Gedanken-Experiment: Stellen sie sich vor: Morgen fallen alle Unternehmensberater, alle Investmentbanker und alle Aktien-Analysten tot um ODER morgen fallen alle Krankenschwestern, alle Polizisten, alle Feuerwehrleute, alle Altenpfleger tot um. - Und überlegen sie kurz, was sie persönlich vermissen würden. Und jetzt machen sie sich klar, dass diese degenerierte Gesellschaft die Leute, auf die wir alle irgendwann im Leben mal angewiesen sind, so schlecht bezahlt, dass die für ihre Familien kaum noch Wohnungen in deutschen Großstädten sich leisten können und dass wir den Leuten, die nur unser Geld auf den Kopf hauen, dem Schmarotzerpack, dem schieben wir die Kohle hinten und vorne in den Arsch und dann hören wir uns von denen auch noch an: Das Land ist gelähmt, die Eigeninitiative ist tot. Klar



mit soviel Kohle im Arsch, kann man sich ja nicht mehr bewegen, das ist ja klar.“

## Das ist Volker Pispers

1958 in Mönchengladbach-Rheydt geboren, studierte er zunächst Anglistik, Kath. Theologie und Pädagogik. In seinen Jahren in England Ende der 70er entdeckte er den Schwarzen Humor und die Bühne für sich.

1986 gab er seinen Beruf als Englischlehrer und Schauspieler auf und konzentriert sich als freier Kabarettist ganz aufs Kabarett.

Seine sarkastischen und pointierten Erklärungen des Tagesgeschehens haben ihm zahlreiche Ehrungen und Preise beschert wie den Deutschen Kleinkunstpreis, den Deutschen Kabarettpreis u.v.m.

Zu Hören immer dienstags zehn vor elf auf WDR 2, zu sehen in „Neues aus der Anstalt“ beim ZDF und live dieses Jahr hier:

Mi / Do 02. / 03.05. Tübingen Kino

Mi 19.09. Esslingen Stadthalle

Mi / Do 24. / 25.10. Stuttgart Theaterhaus.



## WIR! Die Zeitung für Mitarbeitende in der Diakonie wurde Ihnen überreicht durch Ihre Mitarbeitervertretung

Impressum: WIR! herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV) im Diakonischen Werk Württemberg, v.i.S.d.P.: Wolfgang Lindenmaier;

Anschrift: Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart, Fon: 0711-1656 266, Fax 0711 - 1656 49 266, Mail: info@agmav-wuerttemberg.de, Homepage: www.agmav-wuerttemberg.de

# Frauen sind spitze, Männer an der Spitze



**2012**  
Internationaler  
Frauentag

**Heute für morgen  
Zeichen setzen**

## **8. März: Dieser Tag hat Tradition**

Der internationale Frauentag geht auf eine Initiative der deutschen Sozialistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin zurück. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen.

Die ersten großen Demonstrationen zum Frauentag fanden am 19. März 1911 unter schwierigsten Bedingungen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, der USA und Dänemark statt. Millionen von Frauen beteiligten sich.

Der Frauentag war und ist kein „Muttertag“. Er wurde bzw. wird immer dafür genutzt, sich für die Gleichberechtigung von Frauen einzusetzen und um auf soziale Probleme hinzuweisen sowie gegen Ungerechtigkeiten Stellung zu beziehen.

Die Ziele des internationalen Frauentags haben sich bis heute nur unwesentlich verändert. Manche Forderungen aus der Anfangszeit der Frauenbewegung, wie z. B. das Frauenwahlrecht, sind in der Zwischenzeit weitgehend erfüllt. Auf der anderen Seite sind Frauen nach wie vor weltweit sowohl politischer Unterdrückung und Verfolgung als auch staatlicher und sexualisierter Gewalt ausgeliefert. Weiterhin auf der Agenda stehen die

Forderungen nach

- ⇒ dem Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit
- ⇒ gleichem Lohn bei gleichwertiger Arbeit
- ⇒ einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro als Lohnuntergrenze
- ⇒ Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse
- ⇒ gleichen Bildungs- und Ausbildungschancen
- ⇒ sozialer Sicherung von Frauen - auch im Alter.

## **Gleichstellung im diakonischen Berufsalltag - in der Regel Fehl-anzeige**

Obwohl wir in Einrichtungen arbeiten, in denen der Frauenanteil bei ca. 70% liegt, - gerade in sozialen Berufsfeldern arbeiten überwiegend Frauen - sind sie an ihrem diakonischen Arbeitsplatz nicht gleichberechtigt. So sind Frauentätigkeiten insbesondere in der Hauswirtschaft schlechter eingruppiert wie vergleichbare „Männertätigkeiten“ beispielsweise in der Haustechnik. Insgesamt sind Tätigkeiten in der Pflege und Betreuung schlechter bezahlt als in anderen Branchen z.B. in der Industrie. Das

bekommen auch die Männer zu spüren, die in „typischen“ Frauenberufen arbeiten.

Das führt weiterhin dazu, dass Frauen viel öfter als Männer in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind. So sind es überwiegend Frauen, die in die Service-GmbHen abgeschoben werden. Damit werden sie sogar aus dem „Allerheiligsten“ der Diakonie heraus gedrängt, aus der Dienstgemeinschaft.

Und dies ist so, obwohl Frauen mittlerweile schulisch oft sogar besser qualifiziert sind als Männer. Weil sie aber immer noch hauptsächlich die Verantwortung für die Familie tragen, werden ihre Möglichkeiten für Karriere und Qualifikation massiv behindert. So werden die Leitungsebenen auch und gerade in der Diakonie nach wie vor von Männern dominiert.

## **Silberstreif am Horizont**

Der Arbeitskreis Gleichstellung der AGMAV bohrt seit ca. 15 Jahren „dicke Bretter“.

Unermüdlich wurden und werden Themen wie Chancengleichheit, gendergerechte Sprache, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Entgeltgleichheit auf die Agenda gesetzt. Seit vielen Jahren fordert die AGMAV die Einrichtung der Stelle einer/eines Beauftragten für Chancengleichheit im Diakonischen Werk Württemberg (DWW).

Bisher wurden diese Bemühungen zwar wahrgenommen, blieben aber bei den Leitungen weitgehend ohne Folgen.

Nun scheint sich langsam etwas zu bewegen.

So hat die Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes Württemberg im Herbst 2010 den Beschluss 40:40 gefasst. Der besagt, dass bis

zum Jahre 2020 in Organen, Leitungen und Gremien der diakonischen Unternehmen, die beiden Geschlechter mindestens im Verhältnis 40:40 repräsentiert sein müssen.

Auch im letzten Jahr wurde der AGMAV-Antrag auf eine Stelle zur/zum Chancengleichheitsbeauftragten vom Vorstand des Diakonischen Werks Württemberg wieder abgelehnt.

### Projekt Deborah

Allerdings hat diesmal der DWW-Vorstand, so Oberkirchenrat Kaufmann auf der Fachvollversammlung des Arbeitskreises Gleichstellung der AGMAV im Oktober 2011, „die Idee zu einem Projekt entwickelt, das die Gleichstellung von Frauen und Männern im Verband zum Ziel hat...also, Frauen in der Diakonie bessere Beschäftigungsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen.“ Anträge im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens wurden auf den Weg gebracht.

Das Projekt mit dem Namen Deborah soll die Mitgliedseinrichtungen darin unterstützen eine frauen- und familienfreundliche Beschäftigungspolitik zu verwirklichen. Handlungsfelder wären hier z.B., so OKR Kaufmann auf der Fachvollversammlung „Arbeitszeit- und Arbeitsstrukturgestaltung, Infrastruktur der Arbeit, Führungskultur, Karriereplanung, Serviceleistungen.“ Im Grunde ist diese Initiative des Diakonischen Werkes Württemberg zu begrüßen. Allerdings ist darauf zu achten, dass die Maßnahmen **alle** Frauen betreffen und nicht nur diejenigen, die bereits Führungsaufgaben innehaben oder solche anstreben. Die Beteiligung der Mitarbeitenseite durch die AGMAV ist zugesagt. Insgesamt wird man auf die Erfahrungen des Projektes „Chronos“ zurückgreifen können.



## Frauenpower gefragt

### MAV -Wahlen 2012

**Wir wollen, so das Motto, mit diesem Frauentag Zeichen für Morgen setzen.**

Wir wollen aber noch mehr:

Wir wollen Zeichen setzen für die MAV Wahlen in diesem Jahr, also für Heute!

Die MAVen sollen laut Mitarbeitervertretungsgesetz „insbesondere für die Gleichstellung und die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Dienststelle eintreten.“

Das bedeutet auch, in den MAVen selber die Themen Frauenförderung, Gleichstellung und Gender-Mainstreaming zu verankern.



Im Wahlaufuf des AK Gleichstellung heißt es dazu:

Es ist unerlässlich, dass auch in der MAV selber, immer wieder die zentrale Bedeutung von Gleichstellung in den Mittelpunkt der alltäglichen Arbeit rückt.

Und es ist richtig, dass **beide Geschlechter** entsprechend ihres Anteils in den Belegschaften auch in den MAVen vertreten sind.

Wenn wir als MAVen – völlig zu Recht – von der Dienstgeberseite verlangen, dass **Frauen** in allen Bereichen und Ebenen gleichberechtigt und gleichermaßen vertreten sein sollen, dann stehen wir auch in der Pflicht, dies in den Mitarbeiter/innenvertretungen umzusetzen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**sorgt mit dafür, dass die MAV-Wahlen 2012 zu einem Erfolg in Sachen Interessenvertretung und für Gleichstellung von Frauen und Männern werden.**

**Geht zur Wahl! Kandidiert für die MAV!**

*Für den AK Gleichstellung  
Ingeborg Gerhardt  
Christian Lawan  
Susanne Fleisch*